



# Vermögens-

## Teure Sparwut

Die Schuldenbremse trifft die Schwachen und bremst Wachstum. Joachim Bischof entwickelt Alternativen.

Die Bürgerschaft hat im November letzten Jahres den Doppelhaushalt 2011/2012 verabschiedet. Dieser Doppelhaushalt wurde erstmals an der neuen, im Grundgesetz festgelegten Schuldenregelung ausgerichtet, die spätestens für 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt, d.h. keine neuen Kredite mehr zulässt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die durchschnittliche Rate des Ausgabenwachses unter der mittleren Rate des Einnahmewachstums liegen. Die Ausgabenzuwächse der kommenden Jahre sollen dementsprechend – ausgehend vom fortgeschriebenen Haushaltsplan 2010 – auf einen Wert von jährlich durchschnittlich unter einem Prozent begrenzt werden. Die

Konsequenz sind massive Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Abbau von jährlich 250 städtischen Arbeitsplätzen und völlig unzureichende Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur sowie den Wohnungsbau.

Auf eine antizyklische Wirtschafts- und Haushaltspolitik wollte sich der SPD-Senat nicht einlassen. In der Regierungspraxis betreibt er sogar eine noch striktere Haushaltskonsolidierungspolitik als im Haushaltsplan vorgegeben ist.

Mitte März liegt der vorläufige Abschluss des letzten Haushaltsjahres vor. Das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem negativen Finanzierungssaldo von -431,6 Mio. Euro (davon Betriebshaushalt: +247,0 Mio. Euro und Investitionshaushalt: -678,6 Mio. Euro) ab, der im Wesentlichen durch eine Entnahme aus dem Sondervermögen »Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg«, einer Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb sowie einer Entnahme aus Rücklagen ausgeglichen wird. Dank robuster Steuereinnahmen konnte die Neuverschuldung massiv begrenzt werden. Entscheidend für diese positive Entwicklung war ein starker, konjunkturbedingter Anstieg der Steuereinnahmen, die den Vorjahreswert um 623 Mio. Euro und den Planwert 2011 um 380 Mio. Euro überschritten. Dagegen sind die bereinigten Gesamtausgaben, nimmt man die Tilgung der Wohnungsbauschulden

beim Bund in Höhe von 205 Mio. Euro raus, lediglich um etwa 130 Mio. Euro gestiegen. Dies vor allem, weil man gegenüber dem Haushaltsplan beim Personal gespart hat, bei den Sach- und Fachausgaben deutlich unter den eigenen Planziffern geblieben ist und außerdem die Investitionen heruntergefahren hat.

Eigentlich war vorgesehen, die für 2011 und für die Folgejahre erwarteten höheren Steuereinnahmen zu nutzen, um ein 710-Mio.-Euro-Defizit im Hamburgischen Versorgungsfonds AöR auszugleichen, das durch die HSH-Nordbank-Krise entstanden ist. Da der Fonds erst ab 2014 auf diese Mittel angewiesen ist, erschien es dem SPD-Senat dringlicher, zunächst die bilanzielle Entschuldung und angemessene Eigenkapitalausstattung des Sondervermögens Stadt und Hafen vorzunehmen. Das Projekt Hafencity hat der Hansestadt auch einen Berg von mindestens 400 Millionen Euro Schulden eingebracht. Mit einem einmaligen Zuschuss an das Sondervermögen Stadt und Hafen in Höhe von 207,0 Mio. Euro, der dazu dient, die bei diesem Sondervermögen in zurückliegenden Jahren aufgelaufenen Defizite auszugleichen und Kredite zu tilgen, sowie der Tilgung von Wohnungsbaudarlehen beim Bund in Höhe von 219,3 Mio. Euro (Vorjahr: 16,6 Mio. Euro) wurde ein deutlicher Konsolidierungsschritt erreicht. Ohne diese beiden Positionen, die der Entschuldung des Kernhaushalts und eines Nebenhaushalts dienen, aber im kameralen Haushalt als Ausgaben zu verbuchen sind, ergibt sich mit einem Finanzierungsdefizit von nur noch rd. sechs Mio. Euro ein nahezu ausgeglichener Haushalt.

Neben Steuermehreinnahmen sind also bei den Investitionen



**Schuldenbremse heißt: massive Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes....**

# statt Schuldenbremse



und den Personalausgaben (Besoldung und Stellenausstattung) Abstriche gemacht worden. Die Verbesserung bei den Ausgaben erklärt sich im Wesentlichen aus Ansatzunterschreitungen bei den Personalausgaben in Höhe von 86,6 Mio. Euro. Die unterplanmäßige Entwicklung ist u.a. bedingt durch Minderausgaben in den dezentralisierten Personalausgabenbudgets der Behörden und Ämter und den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.

Finanzsenator Tschentscher hat bereits angekündigt, dass der SPD-Senat, sollte die für Hamburg festgelegte Begrenzung der Steigerung der jährlichen Ausgaben auf unter 1% durch Tarifierhöhungen für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten gefährdet werden, über die geplante Streichung von 250 Stellen jährlich hinaus, weitere Arbeitsplätze abbauen werde.

Der Senat steht mit seiner massiven Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten auch unter dem Druck der bürgerlichen Opposition in Hamburg, die einen sehr viel massiveren Personalabbau von zusätzlich weiteren 700 Stellen fordert. Zur Begründung verweisen die vereinten Anhänger der neuen Schuldenregelung nicht nur auf die Tarifsteigerungen für die Beschäftigten, sondern auch auf die in den nächsten Jahren weiter wachsenden Versorgungsausgaben.

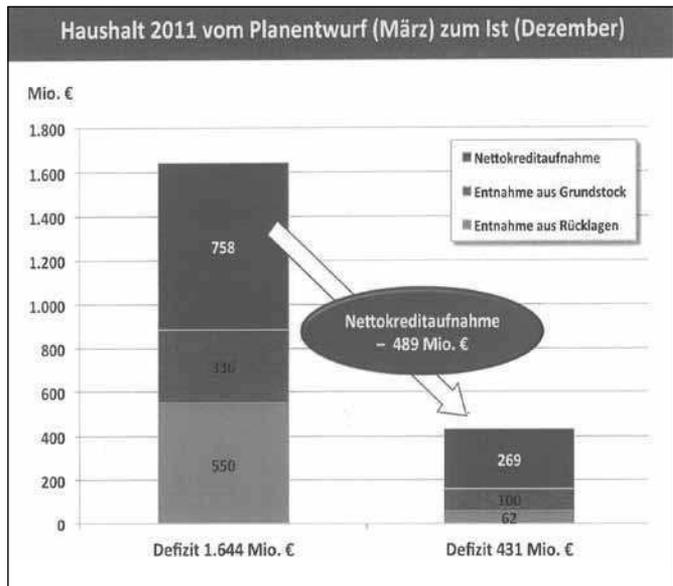
Dass der Senat den gewonnenen finanzpolitischen Spielraum nutzt, um im Bereich der Sondervermögen und Schattenhaushalte aufzuräumen, macht ökonomisch und politisch Sinn. Beim Sondervermögen Hafen und Stadt besteht in der Tat dringender Handlungsbedarf. Die Stadt hat viel Geld in die Hafencity investiert, wie viel,

wurde aber immer im Dunkeln gelassen. Hier müsste zunächst einmal Transparenz geschaffen und Bilanz gezogen werden. Wie hoch sind die bisher entstandenen Kosten für die Stadt und was droht an weiterem Abschreibungsbedarf? Stattdessen haben Senat und SPD-Mehrheitsfraktion ohne weitere Aufhellung und Diskussion im Doppelhaushalt 2011/2012 insgesamt 450 Mio. Euro zur Entschuldung des Sondervermögens Hafen und Stadt eingestellt. Dieses Verfahren passt ganz und gar zu dem ja einst von der SPD unter Voscherau auf den Weg gebrachten Mega-Projekt Hafencity. Vorbei an den parlamentarischen Gremien und an der Öffentlichkeit wurde hier geplant und viel Geld ausgegeben. Nun sollen die BürgerInnen möglichst nicht merken, wie viel Steuergelder für diesen »Leuchtturm«, zu dem ja auch die Elbphilharmonie gehört, tatsächlich verprasst worden sind.

Gleichwohl bleibt unterm Strich: Der vom SPD-Senat eingeschlagene Kurs der übermä-

ßigen Haushaltskonsolidierung, der in der Praxis noch rigider ist als in der Planung, hilft Hamburg nicht. Anstatt angesichts der sich abzeichnenden Konjunkturschwäche und den Strukturproblemen der Hamburger Wirtschaft eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben, streicht der Senat in geradezu fahrlässiger Weise beim Einkommen der städtischen Beschäftigten und baut jährlich 250 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ab. Er fährt die Investitionen runter und lässt die langzeitarbeitslosen BürgerInnen im Regen stehen. Die angekündigte Großoffensive in Sachen Wohnungsbau findet im Regierungshandeln nicht statt.

In seinem »Jahresbericht 2012« begrüßt der Landesrechnungshof den eingeschlagenen Konsolidierungskurs. »Insbesondere sind die Wegweiser richtig aufgestellt: Haushaltsausgleich spätestens 2020, Konjunkturbereinigung von Einnahmen, jährliche Steigerungsraten unter 1%.« Allerdings geht dem





# Vermögens



**...und völlig unzureichende Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur...**

Rechnungshof der eingeschlagene Kurs noch nicht weit genug: »Die Umsetzung aber lässt noch zu wünschen übrig (...) Wo wirklich gespart werden soll, bleibt offen. Ein Konsolidierungserfolg ist nur bei – bisher fehlenden – aufgabenkritischen Eingriffen in die überproportional steigenden Ausgaben für Personal und gesetzliche Leistungen realistisch.«

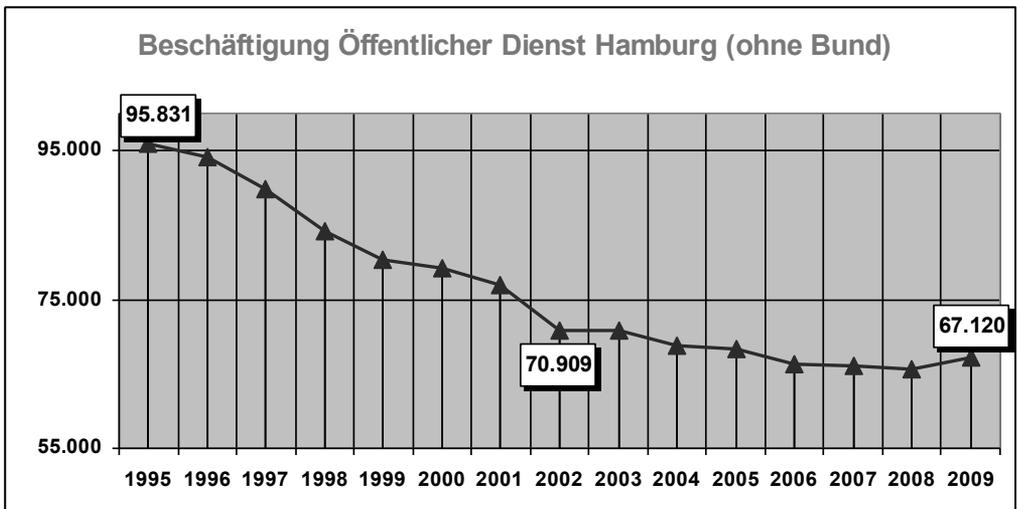
Im Kern läuft das auf einen sehr viel rigideren Personalabbau im öffentlichen Dienst hinaus, als ihn der SPD-Senat mit 250 Stellen pro Jahr eh schon plant. Der Rechnungshof argumentiert in Richtung FDP und CDU und fordert einen weiteren Verzicht von 700 Stellen pro Jahr.

Nun steht diese Forderung nach einer rigorosen Sanierung des Hamburger Haushalts zulasten der Beschäftigten, eines vernünftigen Angebots öffentlicher Dienstleistungen und der benachteiligten BürgerInnen der Stadt in einem merkwürdigen Kontrast zu der Feststellungen des Rechnungshofs über die marode städtische Infrastruktur. »Nicht nur bei Schulen, Hochschulen, Theatern und Parks, auch bei anderen Gebäuden der Stadt – von Museen über Vollzugsanstalten bis hin zu Brücken und Tunneln – wurde und wird zu wenig für Erhaltung und Modernisierung getan. Die von uns ermittelten bzw. geschätzten Zahlen sind dramatisch: Die langjährige, gegen Nachhaltigkeit verstoßende Vernachlässigung hat allein im Hochbau und im Tiefbau zu 4,7 Mrd. Euro aufgestauten Sanie-

rungsbedarfen geführt. (...) Die Folgen für den Betriebshaushalt sind dramatisch: Allein für die Unterhaltung ihrer Bauten muss die Stadt jährlich über 300 Mio. Euro zusätzlich und dauerhaft aufbringen.«

Faktisch betreibt der SPD-Senat eine Haushaltspolitik, die in doppelter Hinsicht scheitern muss. Erstens wird sie ihr Ziel der Haushaltskonsolidierung verfehlen, weil sie durch Ausgabenkürzungen letztlich die regionale Steuerbasis beschädigt. Zweitens, weil die Konsolidierungspolitik zu einer Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen führt. Resultat: Neuaufgabe eines Sparprogramms mit kurzem Zeithorizont und hohem Volumenvorgaben, das dazu führt, wichtige staatliche Leistungen zu beschädigen.

Die Alternative bestünde erstens darin, die eine Hälfte der Steuermehreinnahmen in 2012 (ca. 400 Mio. Euro) für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen (einschl. Sanierung der Schattenhaushalte und Sondervermögen), die andere Hälfte für eine Strukturpolitik und die Milderung von unterfinan-



# statt Schuldenbremse



...und Abbau von jährlich 250 städtischen Arbeitsplätzen.

zierten Bereichen einzusetzen. Sie könnten vor allem für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Problemfelder wie Bildung, Hochschule, ÖPNV und Wohnungsbau genutzt werden. Zudem sollte auf die Politik der unzureichenden Arbeitseinkommen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und weitere Stellenkürzungen verzichtet werden.

Zweitens bedarf es zur Bewältigung der Herkulesaufgabe der Haushaltssanierung aber auch einer deutlichen Verbesserung der Einnahmen der Stadt. Statt sich aus der Krise der öffentli-

chen Haushalte heraussparen zu wollen, könnte die Erhöhung der Steuersätze ein wichtiger Beitrag zu mehr öffentlichen Investitionen (und damit mehr Wertschöpfung), zur Eindämmung der sozialen Spaltung und zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung leisten. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnte für Hamburg, je nach Ausgestaltung, jährlich Mehreinnahmen von 1-2 Mrd. Euro bringen.

JOACHIM BISCHOFF

## Rein in die Abwärtsspirale

Personalabbau und sogenannte „Schuldenbremse“ führen nicht nur zum Abbau staatlicher Leistungen, sie sind auch gesamtwirtschaftlich verantwortungslos

Der Hamburger Senat hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 im Rahmen der Durchsetzung der Schuldenbremse jährlich mindestens 250 Stellen einzusparen und den Haushalt max. um 0,88 % jährlich steigen zu lassen. Beide Vorhaben gemeinsam werden zu einem massiven Beschäftigtenabbau im öffentlichen Dienst führen, der schwerwiegende Folgen für das Hamburger Gemeinwesen haben wird:

- ♦ Die Gewerkschaften werden in den Tarifrunden vor die Alternative gestellt, weiteren Realeinkommensverlusten zuzustimmen oder verschärften Personalabbau hinzunehmen.
- ♦ Wenn wichtige Bereiche des öffentlichen Personals (z.B. unterrichtendes Personal, Polizei) tatsächlich von der Sparquote ausgenommen werden,

wird der Personalabbau in anderen Bereichen (öffentliche Verwaltung) umso bedrohlicher sein.

- ♦ Schon jetzt bringen Senat und Rechnungshof Zahlen von 750-1.000 Stellenstreichungen pro Jahr ins Gespräch, wenn die Schuldenbremse eingehalten werden soll.
- ♦ Auch der Schulbereich wird unter diesen Bedingungen nicht dauerhaft von Streichungen ausgenommen bleiben. Schon jetzt sind im Bereich der BSB Stellenstreichungen vorgesehen.

Viele Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in Hamburg sind nach jahrelangem Personalabbau bei immer höher gestiegenen Anforderungen und immer neuen Aufgaben schon jetzt am Ende ihrer Belastung

angekommen. Hohe Teilzeitquoten und vorzeitiger Ruhestand zeigen, dass es immer schwieriger wird, gesund den Ruhestand zu erreichen. (Siehe Tabelle)

Wie im gesamten Bundesgebiet ist der Personalabbau auch in Hamburgs öffentlichem Dienst seit langem in Gang.

Der vormalige 1. Bürgermeister Ole von Beust sagte: „Hamburg hat jahrelang über seine Verhältnisse gelebt.“

Wenn man sich die Personalentwicklung ansieht, stellt man fest, dass die in dieser Aussage implizierte Unterstellung, der öffentliche Dienst habe sich „vollgesogen“, den tatsächlichen Entwicklungen nicht entspricht.

Seit 2000 haben wir eine Abnahme der Beschäftigten zu verzeichnen!

Wenn nun Olaf Scholz die